

Frankreichs Wahl 24.04.2017



PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit Emmanuel Macron hat der Favorit Berlins die erste Runde der französischen Präsidentenwahl gewonnen. Macron konnte sich am gestrigen Sonntag mit - laut jüngsten Hochrechnungen - rund 23,4 Prozent der Stimmen durchsetzen; Marine Le Pen vom Front National kam demnach mit 22,6 Prozent auf Platz zwei. Macron gilt als wahrscheinlicher Sieger in der zweiten Wahlrunde am 7. Mai. Die deutsche Regierung hatte zunächst auf den konservativen Kandidaten François Fillon gesetzt und offen für ihn geworben, sah sich nach seinen Umfrageeinbrüchen wegen des Skandals um hohe Mitarbeitergehälter für seine Ehefrau aber gezwungen, auf Macron umzuschwenken, den ein Berliner Think-Tank als ebenso "Deutschland-kompatibel" einstuft wie Fillon. Sämtliche sonstigen Kandidaten seien demnach wegen ihrer Kritik an EU und/oder NATO für eine "konstruktive Zusammenarbeit" ungeeignet. Berlins Einmischung zugunsten Macrons, für den kürzlich noch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine offene Wahlempfehlung abgegeben hat, zeigt einmal mehr, dass die deutsche EU-Dominanz an nationalen Grenzen kein Halten mehr kennt. Zudem stellt sie, wie ein bekannter Brüsseler EU-Beobachter konstatiert, die dünne russische Einmischung in Frankreich bei weitem in den Schatten.

"Deutschland-kompatibel"

Kurz vor der ersten Runde der französischen Präsidentenwahl hatte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in einer knappen Analyse überprüft, inwieweit die mutmaßliche Politik der fünf aussichtsreichsten Kandidaten deutschen Interessen entsprechen werde. "Nur zwei von ihnen" seien "wirklich 'Deutschland-kompatibel'", erklärte die DGAP: "Emmanuel Macron und François Fillon".[1] Deren Positionen "decken sich" in wichtigen Aspekten "mit denen der Bundesregierung", hieß es in der Analyse des Think-Tanks; zudem stellten beide "ambitionierte Reformprogramme" in Aussicht, deren Verwirklichung "für gemeinsame Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion eine Grundvoraussetzung" sei. Zwar sei nicht zu leugnen, dass es auch "Meinungsverschiedenheiten" gebe: "Aber Kompromisse sind durchaus realistisch." Im Fall des sozialistischen Kandidaten Benoît Hamon bemängelte die DGAP, er wolle "die Maastrichter Kriterien und den damit verbundenen Stabilitätskurs" aufheben. Jean-Luc Mélenchon (Parti de gauche) sowie Marine Le Pen (Front National) lehnten sogar zentrale Elemente der heutigen EU und die Einbindung Frankreichs in die NATO ab, weshalb "eine konstruktive Zusammenarbeit" mit ihnen "nur schwer vorstellbar" sei.

Favorit Nummer eins

Entsprechend hat Berlin - in unverhohlener Einmischung in den Wahlkampf des Nachbarlandes - schon seit Jahresbeginn zunächst Fillon, dann Macron systematisch unterstützt. Gegen Fillon hatte es in Berlin zunächst Einwände gegeben, weil er einen gewissen Abgleich mit Russland anstrebte; allerdings gingen selbst französische Beobachter davon aus, dass er diesen nicht gegen den Willen Berlins realisieren könne (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Auf Zustimmung stieß in der deutschen Hauptstadt jedoch Fillons Ankündigung, die 35-Stunden-Woche endgültig abschaffen, das Renteneintrittsalter generell auf 65 Jahre hinaufsetzen, den Arbeitsmarkt weiter deregulieren, die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen und eine halbe Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst streichen zu wollen; dies lief auf eine umstandslose Anpassung an die deutsche Austeritätspolitik hinaus. Französische Wirtschaftsmedien meldeten schon im November 2016, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble habe Fillons Wahlprogramm ausdrücklich gelobt.[3] Am 23. Januar 2017 empfingen Schäuble, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Kanzlerin Angela Merkel Fillon zu Gesprächen in Berlin - und ermöglichten es ihm damit, sich in der französischen Öffentlichkeit als derjenige Kandidat zu profilieren, der bei der EU-Vormacht willkommen ist. Bei Fillons anschließendem Auftritt in der Berliner Zentrale der

CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung erklärte Kanzleramtsminister Peter Altmaier: "Wir wünschen uns, dass Sie möglichst bald als Präsident wiederkommen".[4]

Favorit Nummer zwei

Wenig später sah sich die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur gezwungen, weil Fillon wegen des Skandals um hohe Mitarbeitergehälter für seine Ehefrau und seine Kinder in Umfragen starke Einbrüche erlitt. Berlin begann deshalb, Macron den Rücken zu stärken. Ihm gewährte Kanzlerin Merkel am 16. März eine Audienz; unmittelbar danach trat Außenminister Sigmar Gabriel gemeinsam mit ihm im Auswärtigen Amt vor die Presse. Für den Abend des 16. März hatte man in der deutschen Hauptstadt eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Macron und dem Philosophen Jürgen Habermas [5] über die "Zukunft für Europa" anberaumt, die das Ansehen des französischen Kandidaten steigern sollte und in Frankreich breit rezipiert wurde. Macron bekennt sich nicht nur unumwunden zu einer umstandslosen Zusammenarbeit mit Berlin in der deutsch dominierten EU; er ist der Bundesregierung auch positiv in Erinnerung, weil er in seiner Amtszeit als französischer Wirtschaftsminister (August 2014 bis August 2016) eine umfassende Arbeitsmarktderegulierung in Angriff genommen hat.[6] Kürzlich hat Bundesfinanzminister Schäuble unumwunden für Macron geworben. Der Mann habe "unheimlich viel Charme", erklärte Schäuble: "Wahrscheinlich würde ich Macron wählen." [7] Weil die massive deutsche Einmischung zu seinen Gunsten zuletzt kontraproduktiv zu wirken begann - insbesondere Schäuble ist in vielen EU-Staaten nicht wirklich populär -, hat Macron sich zuletzt zu einer verbalen Distanzierung genötigt gesehen. Deutschlands Exportüberschüsse und seine "wirtschaftliche Stärke in der jetzigen Ausprägung" seien "nicht tragbar", erklärte der Kandidat in der vergangenen Woche.[8] Bei dieser Äußerung handelt es sich allerdings nach verbreiteter Einschätzung nur um eine wahltaktisch motivierte, real folgenlose Abgrenzung.

Modell CDU

Die deutsche Einmischung, die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 15. April mit der Aufforderung in der Tageszeitung Ouest-France krönte, die "Sirenengesänge" nicht EU-orientierter Parteien zu ignorieren [9], ist nicht singulär. Schon im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2012 intervenierte die Bundesregierung massiv, damals zugunsten des konservativen Amtsinhabers Nicolas Sarkozy. Sarkozys Partei UMP erstellte im Herbst 2011 sogar das Wahlprogramm in enger Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung; über die UMP hieß es in der deutschen Presse schließlich süffisant, sie habe sich auch "die CDU-Zentrale nahe dem Berliner Tiergarten gründlich an[gesehen]", "um ihr neues Parteiquartier besser planen zu können".[10] Über Sarkozy selbst war bei der DGAP zu hören, "aus 'Sarkozy-dem-Amerikaner'", wie er sich zu Beginn seiner Amtszeit wegen seiner zeitweisen Annäherung an Washington selbst bezeichnet habe, sei nun "Sarkozy-der-Deutsche" geworden.[11]

Putin, Trump und Merkel

Dabei zeigt die Einmischung in den französischen Präsidentschaftswahlkampf nicht nur, dass die deutsche Dominanz in der EU kaum noch Schranken kennt. Sie wirft auch ein Schlaglicht auf die Propagandabehauptung, beispiellose Einmischung drohe lediglich aus Russland. Wie der Brüsseler Journalist Eric Bonse, ein scharfer Beobachter der EU, am Wochenende konstatierte, habe der russische Präsident Wladimir Putin zwar die extrem rechte Kandidatin Marine Le Pen (Front National) zum exklusiven Gespräch in Moskau empfangen. Doch habe sich am auffälligsten US-Präsident Donald Trump für Le Pen in die Bresche geschlagen - mit dem Lob, sie vertrete "die entschiedenste Position" gegenüber jihadistischem Terror.[12] Zudem hat Le Pen bereits im Januar einen Trump-Kontaktmann in New York zum Austausch getroffen; die US-Kongressabgeordneten Steve King und Dana Rohrabacher waren schon im Februar zu einer Zusammenkunft mit Le Pen nach Paris gereist.[13] Bonse, dem keinerlei Nähe zu Russland oder zur Trump-Administration nachgesagt werden kann, urteilt allerdings mit Blick auf die intensive deutsche Unterstützung für Macron, all dies sei "nichts im Vergleich zur Einmischung Deutschlands".[14]

[1] Claire Demesmay (Hg.): Frankreichs Präsidentschaftswahl 2017: Was die fünf wichtigsten Kandidaten für Deutschland bedeuten. DGAPkompakt Nr. 4, April 2017.

[2] S. dazu [Ohne Chance](#) .

[3] Wolfgang Schäuble loue le programme de François Fillon. www.lesechos.fr 29.11.2016.

[4] Thomas Hanke: CDU empfängt Fillon wie den neuen Präsidenten. www.handelsblatt.com 24.01.2017.

[5] Zu Habermas' Europakonzeption: Hans-Rüdiger Minow: Zwei Wege - Eine Katastrophe. Flugschrift No. 1. Aachen 2016. [german-foreign-policy.com/bestellung_flugschrift/](http://www.german-foreign-policy.com/bestellung_flugschrift/) .

- [6] S. dazu [Der Preis der Deregulierung](#) .
[7] "Wahrscheinlich würde ich Macron wählen". www.spiegel.de 11.04.2017.
[8] Hollande warnt vor Populisten. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.04.2017.
[9] Interview mit der Funke-Mediengruppe. www.bundespraesident.de 15.04.2017. Ouest-France ist die meistverkaufte Tageszeitung Frankreichs.
[10], [11] S. dazu [Sarkozy, der Deutsche](#) .
[12] Von Putin bis Merkel: Alle mischen sich ein. lostineu.eu 22.04.2017.
[13] Johannes Kuhn: Trump deutet Unterstützung für Le Pen an. www.sueddeutsche.de 22.04.2017.
[14] Von Putin bis Merkel: Alle mischen sich ein. lostineu.eu 22.04.2017.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com